

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 05. vom 11. Juni 2015, 17:00 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Hiltpold Peter Aegerter, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Adrian Christen, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Roman Gugger, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner-Ber, Nicole Krenger, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Reto Vannini, Markus van Wijk, Till Weber, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtratspräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener sowie Gemeinderat Peter Siegenthaler (ab Geschäft Nr. 3)
Sekretariat	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller Protokollantin Renate Schneider
Entschuldigt	Stadträtin Sandra Ryser, Stadträte Piero Catani, Lukas Rohr und Simon Werren sowie Stadtratssekretär Remo Berlinger
Schluss der Sitzung	19:00 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden.

Heidi Anderes, **Fraktion der Mitte**, schlägt *Andreas Kübli (glp)* als Ersatzstimmzähler für den abwesenden Lukas Rohr (CVP) vor.

Der Rat wählt Andreas Kübli (glp) stillschweigend als Ersatzstimmzähler.

38. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 1. April 2015

Das Protokoll wird vom Rat stillschweigend genehmigt.

39. Jahresbericht 2014; Stand der hängigen Motionen und Postulate per 31. März 2015

Kenntnisnahme und Abschreibungen

Bericht des Gemeinderates Nr. 12/2015

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, beantragt, Vorstoss Nr. 2 P15/2008 betreffend Brücke Schadau/Scherzligen zu rechtem Thunerseeufer, noch nicht abzuschreiben. Die Begründung, dass Abklärungen stattfinden, reicht nicht aus für eine Abschreibung. Informationen zum Projekt und zum weiteren Vorgehen sind nicht bekannt.

Stadtratspräsident Thomas Hiltbold stellt fest, dass Geschäfte, die vor über fünf Jahren eingereicht wurden, gemäss Art. 51 Abs. 3 des Geschäftsreglementes des Stadtrates automatisch abgeschrieben werden. Korrekterweise müsste anstatt Ziffer 1 (Abschreiben) Ziffer 4 (Älter als fünf Jahre) als Grund für die Abschreibung aufgeführt werden.

Gemeinderat Konrad Hädener weist darauf hin, dass es sich hier um ein überfälliges Agglomerationsprojekt handelt. Der Gemeinderat hat sich im Sommer 2014 entschieden, die Variante Fährbetrieb weiter zu verfolgen. Es ist nachvollziehbar, dass die fehlenden Informationen zum weiteren Vorgehen aus Sicht der Postulanten unbefriedigend sind. Sobald die notwendigen Abklärungen abgeschlossen sind, kann das Geschäft dem Stadtrat vorgelegt werden. Ob der Vorstoss heute abgeschrieben wird oder nicht, wirkt sich nicht auf das weitere Vorgehen aus.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, hält am Antrag um Nichtabschreibung des Vorstosses fest. Er empfiehlt, den Vorstoss erst nach der Behandlung des konkreten Geschäfts als erledigt abzuschreiben.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, erinnert an die geplanten punktuellen Anpassungen im Geschäftsreglement und spricht sich angesichts des vorliegenden Sachverhalts für eine Gesamtrevision des Reglementes aus. Als pragmatische Lösung schlägt die Fraktion vor, den Vorstoss für ein weiteres Jahr nicht abzuschreiben. In dieser Zeitspanne wird geklärt sein, wie weit das Geschäftsreglement überarbeitet wird und wie der Stand im Fährprojekt ist.

Stadtratspräsident Raphael Lanz unterstreicht, dass der Stadtrat in seinen Entscheiden frei ist. Der Gemeinderat hält sich grundsätzlich an die geltenden Reglemente und Gesetze. Am geplanten Projekt für die Fährverbindung werden sich mit oder ohne Abschreibung keine Änderungen ergeben. Er erachtet eine Ausnahme von Art. 51 Abs. 3 des Geschäftsreglementes im Einzelfall als möglich.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, unterstützt die Gewährung einer absoluten Ausnahme hinsichtlich Nichtabschreibung des Vorstosses.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, erinnert an die Tradition im Rat, dass, wenn der Urheber eines Vorstosses eine Nichtabschreibung wünscht, diesem Antrag entgegen gekommen werden sollte. Der Fraktion ist jedoch bewusst, dass bei Vorstoss Nr. 2 eine Abschreibung reglementarisch notwendig wäre. Es erscheint im vorliegenden Einzelfall jedoch als sinnvoll, den Vorstoss ausnahmsweise nicht abzuschreiben.

Der Rat nimmt den Antrag der Postulanten, Vorstoss Nr. 2 (P15/2008) nicht abzuschreiben, einstimmig an.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, beantragt, Vorstoss Nr. 13, P7/2011 betreffend Attraktivitätssteigerung des Angebots im Strandbad Thun, nicht abzuschreiben. Es stellt sich die Frage, welche Massnahmen die Gesamtsanierung ausser der Wasseraufbereitung beinhaltet. Ohne die einzelnen Projekte der Gesamtsanierung zu kennen, kann nicht beurteilt werden, ob allfällig geplante Massnahmen tatsächlich den Vorstellungen des Stadtrates über die Attraktivitätssteigerung des Strandbades entsprechen.

Gemeinderat Roman Gimmel ist mit der Nichtabschreibung des Vorstosses einverstanden, da diese das weitere Vorgehen nicht beeinflusst.

Der Rat nimmt den Antrag der Fraktion Grüne, Vorstoss Nr. 13 (P7/2011) nicht abzuschreiben, einstimmig an.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 51 seines Geschäftsreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. März 2015 beschliesst:

1. Vom Stand der hängigen Motionen und Postulate wird Kenntnis genommen.
2. Die Vorstösse Nrn. 1, 3, 4, 18, 25, 27, 28 und 33 dieses Berichtes werden abgeschrieben.

40. Jahresrechnung und Jahresbericht 2014

Genehmigung

Bericht des Gemeinderates 13/2015

a) Eintretensdebatte

Stadtpräsident Raphael Lanz weist auf den ausgeglichenen Voranschlag und auf die ausgeglichene Jahresrechnung 2014 hin. Zwar sind beide Ergebnisse identisch, jedoch gibt es nennenswerte Unterschiede. Einsparungen beim Personal- und Sachaufwand tragen zum guten Rechnungsergebnis bei. Der um rund 1,5 Mio. Franken tiefere Personalaufwand ist zu rund zwei Dritteln auf die Pensionskasse und zu rund einem Drittel auf Einsparungen bei Personalmutationen zurückzuführen. Der Bauliche Unterhalt konnte vollständig der Laufenden Rechnung belastet werden. Über die Steuererträge kann die Stadt nicht vollständig alleine verfügen, da 52 Prozent in die kantonalen Lastenausgleichssysteme fliessen. Er ist erfreut, dass die beeinflussbaren Aufwände im Rahmen gehalten werden konnten und dankt der Verwaltung für das Kostenbewusstsein. Die Fragen der Sachkommissionen konnten fristgerecht beantwortet werden.

Serge Lanz, BRK, anerkennt das ausgeglichene Ergebnis. Es stellt einen unternehmerisch proaktiven Entscheid des Gemeinderates dar und ist Beleg für eine solide Haushaltsführung. Dass der Gemeinderat die Empfehlungen des Stadtrates aus der letzten Budgetdebatte umgesetzt hat, ist erfreulich. Der Steuerertrag ist höher als budgetiert, jedoch muss mehr als die Hälfte direkt für den Lastenausgleich an den Kanton abgeliefert werden. Auf der Ertragsseite stellt sich die Frage, wie die Stadtverwaltung höhere Erträge generieren kann, welche nicht an den Kanton abgeliefert werden müssen. Als Beispiele nennt er die Leistungen der Informatikdienste und des Finanzinspektorates an Externe. Der Personalaufwand liegt erfreulicherweise unter dem Budgetwert. Der Sachaufwand ist hauptsächlich wegen geringeren Ausgaben für Unterhaltsarbeiten tiefer ausgefallen. Dem Gemeinderat ist es gelungen, den Baulichen Unterhalt voll-

ständig der Laufenden Rechnung zu belasten und nicht wie budgetiert 11 Mio. Franken aus der SF Investitionen und Immobilienkäufe zu beziehen. Die Nettoinvestitionen sind um 10 Mio. Franken tiefer als veranschlagt. Dies ist hauptsächlich auf geringere Auslagen für das Kanalisationsnetz und auf zeitliche Verzögerungen zurückzuführen. Stadtrat Lanz unterstreicht das hohe mittel- und langfristige Fremdkapital, welches mit 101 Mio. Franken rund 60 Prozent der Passivseite ausmacht. Ein ausgelaufenes Darlehen von 30 Mio. Franken konnte im Rechnungsjahr ersetzt werden, jedoch mit einem um 1,35 Prozent tieferen Zinssatz, was den Zinsaufwand um rund 0,5 Mio. Franken reduziert. Der Bestand der Spezialfinanzierungen ist auf 164 Mio. Franken gewachsen. Diese stehen der Stadt jedoch nicht zur freien Verfügung. 46 Mio. Franken sind für übergeordnete Bereiche reserviert. 120 Mio. Franken sind in städtischen Reglementen geregelt, wobei die grössten Bestände in der SF Investitionen und Immobilienkäufe und in der SF Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen liegen. Die SF Baulicher Unterhalt konnte im Jahr 2014 mit 6 Mio. Franken geäufnet werden. Bis 2018 wird die Verschuldung ansteigen. Eine vorsichtige Finanzführung ist daher unabdingbar. Der Gemeinderat ist sich dieser Verantwortung bewusst. Aus den Sitzungen der SAKOs gab es keine wesentlichen Feststellungen. Die Fragen der BRK sind vollständig beantwortet worden. Die BRK empfiehlt das Eintreten auf das Geschäft und die Zustimmung in allen Punkten. Er dankt allen Beteiligten für die gute Arbeit und für die transparente Berichterstattung.

Die **SVP/FDP-Fraktion**, so Serge Lanz, nimmt die ausgeglichene Rechnung 2014 würdigend zur Kenntnis. Die Entwicklung der Selbstfinanzierung ist besorgniserregend, da die selbst erarbeiteten Mittel von aktuell 4 Mio. Franken bis ins Jahr 2018 auf -0,5 Mio. Franken sinken. Gegenmassnahmen gibt es nur im Cash-Bereich, das heisst, weniger ausgeben, mehr einnehmen. Bis im Jahr 2018 steigen die Schulden auf knapp 200 Mio. Franken an. Die finanzpolitisch ungünstige Entwicklung verunmöglicht eine kurzfristige Steuersenkung. Die Steueranlage von 1,72 ist aus Sicht der Fraktion nach wie vor zu hoch und verschlechtert die Standortattraktivität. Zudem fliessen 52 Prozent der Steuererträge direkt zum Kanton, was die Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit der Stadt stark einschränkt. Die Fraktion erwartet vom Gemeinderat und von den anwesenden Grossrätinnen und Grossräten, dass sie sich diesbezüglich für die Interessen der Stadt einsetzen.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, ist erfreut über das Ergebnis. Positiv aufgefallen sind der Fraktion unter anderem die um fast 2 Mio. Franken höheren Steuererträge und die Einlage in die SF Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen. Als negativ erachtet sie die gestiegenen Beiträge an die Sozialhilfe. Die geplanten Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen konnten nur zu knapp einem Drittel realisiert werden, was enttäuscht. Der Investitionsstau wird von Jahr zu Jahr grösser. Die Fraktion erwartet in diesem Bereich Verbesserungen. Der Investitionsanteil von 4,14 Prozent ist sehr tief. Der Personal- und Sachaufwand ist wesentlich tiefer als budgetiert, was zum ausgeglichenen Ergebnis beiträgt. Die Finanzlage kann als solid bezeichnet werden. Die Fraktion dankt den Mitarbeitenden der Stadt für ihren Einsatz und folgt den Anträgen des Gemeinderates.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, dankt für die ausführlichen Unterlagen und anerkennt das ausgeglichene Resultat. Dass der Gemeinderat die Empfehlungen aus der Budgetdebatte im November 2014 umgesetzt hat, ist höchst erfreulich. Die Fraktion unterstützt die Belastung der Laufenden Rechnung mit dem Baulichen Unterhalt und der Einlage von 6 Mio. Franken in die SF Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen. Das gute Rechnungsergebnis ist auch auf Mutationsgewinne bei Personalwechseln zurück zu führen. Er weist auf die Verschiebung von Projekten infolge knapper Personalressourcen hin. Die Fraktion wünscht sich mehr Flexibilität bei der Personalpolitik, so dass die anstehenden Aufgaben erfüllt werden können. Stadtrat Schori betont, dass mehr Personalressourcen nicht automatisch mehr Personalaufwand bedeuten müssen. Er verweist auf die Freiwilligenarbeit, welche auch im Altersleitbild der Stadt einen grossen Stellenwert einnimmt. Aufgaben aus der Verwaltung, welche sich für Freiwilligenarbeit eignen, könnten mit dem Seniorenrat besprochen werden. Den Anträgen stimmt die Fraktion vorbehaltlos zu.

Heidi Anderes, **Fraktion der Mitte**, dankt für den ausführlichen Bericht. Im Unterhaltsprogramm steht in den nächsten Jahren viel an, weshalb die Einlage in die SF Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen wichtig erscheint. Die Fraktion folgt den Anträgen des Gemeinderates.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, dankt für die übersichtliche Berichterstattung. Er weist auf unnötige textliche Doppelspurigkeiten im Jahresbericht hin. Die Fragen sind kompetent beantwortet worden. Die Speisung der SF Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen stuft die Fraktion als richtig und sinnvoll ein. Die Fraktion stimmt den Anträgen zu.

Der Stadtratspräsident stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten ist.

b) Detailberatung

A Allgemeine Berichterstattung
Keine Bemerkungen.

B Jahresrechnung 2014
Keine Bemerkungen.

C Produktgruppen-Rechnungen 2014

Direktion Präsidiales und Finanzen
Keine Bemerkungen.

Direktion Bau und Liegenschaften
Keine Bemerkungen.

Direktion Bildung Sport Kultur
Keine Bemerkungen.

Direktion Sicherheit und Soziales
Keine Bemerkungen.

Direktion Stadtentwicklung
Keine Bemerkungen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 lit. a und 40 lit. i der Stadtverfassung, Artikel 16 des Finanzreglementes und Artikel 51 Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun sowie nach Kenntnisnahme des Jahresberichtes inklusive Jahresrechnung 2014, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredites von Fr. 6'010'321.86 als neue Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung 2014, Konto 1740.363.10 für die Dotierung der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen.
2. Kenntnisnahme der bewilligten gebundenen Nachkredite von Fr. 9'563'011.15 in der Kompetenz des Gemeinderates.
3. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von Fr. 356'564.67 in der Kompetenz der Direktion Präsidiales und Finanzen (gemäss SW 2), davon Fr. 185'140.34 gebunden und Fr. 171'424.33 neu.
4. Genehmigung der Jahresrechnung 2014, welche bei einem Aufwand von Fr. 288'115'105.29 und einem Ertrag von Fr. 288'115'105.29 ausgeglichen abschliesst.
5. Genehmigung der Jahresrechnung 2014 der Schiessanlage Guntelsey, welche bei einem Aufwand und einem Ertrag von total je Fr. 248'372.90 ausgeglichen abschliesst.
6. Genehmigung des Jahresberichtes 2014.

41. Legislaturziele 2015-2018

Kenntnisnahme

Bericht des Gemeinderates 14/2015

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass die Legislaturziele das Regierungsprogramm des Gemeinderates darstellen. Die Erarbeitung war interessant und der gewählte Top-Down-Ansatz führte zu guten, intensiven Diskussionen. Der Gemeinderat stuft die gesetzten Ziele als messbar, ambitiös, realistisch und terminierbar ein. Sie werden jedoch nicht nur konkrete Zeitpläne, sondern auch Kosten auslösen. Positiv ist, dass die Stadt auf ihren Stärken und Einzigartigkeiten aufbaut. Der Gemeinderat konzentriert sich auf fünf Schwerpunkte, was aber nicht bedeutet, dass andere Aufgabenbereiche vernachlässigt werden. Nicht jede wichtige Aufgabe kann in den Legislaturzielen erwähnt werden. Der Gemeinderat ist motiviert, die gesetzten Ziele zusammen mit dem Stadtrat und der Bevölkerung zu erreichen.

Simon Schweizer, **SAKO P+F**, dankt dem Gemeinderat für die in der Klausur erarbeiteten Legislaturziele. Die Führung des Gemeinderates ist spürbar. Stadtrat Schweizer fasst die fünf Schwerpunkte zusammen: In 4 Jahren ist Thun als Wohn- und Lebensstandort das verkehrsoptimierte Zentrum am Wasser, wo Beobachter feststellen können, dass hier nicht nur der Gemeinderat baut, sondern hinter ihm eine motivierte Bevölkerung steht, die ihm den Rücken stärkt. Die SAKO P+F kann sich mit den gesetzten Zielen identifizieren, freut sich bei der Umsetzung mitzuwirken und empfiehlt sie dem Rat zur Kenntnisnahme.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, äussert sich zustimmend zur Konzentration auf die Stärken. Bei Schwerpunkt 1 legt die Fraktion Wert auf ein zeitgemässes Wohnungsangebot, das auch bedürfnisgerecht und bezahlbar ist. Als positiv erachtet die Fraktion die engere Zusammenarbeit mit den Wohnbaugenossenschaften. Als dürftig stuft die Fraktion das Ziel betreffend Volksschule unter Legislaturziel 4 ein. Die Volksschule müsste innovativer werden, beispielsweise sollte eine Basisstufe eingeführt werden. Zu Schwerpunkt 2 hält er fest, dass aus seiner persönlichen Sicht nicht nur an das Wohnen, sondern auch an das Nachtleben gedacht werden sollte. Unter Schwerpunkt 3 bemängelt die Fraktion das Legislaturziel 8 als zu dürftig, da nur die bestehenden Kulturinstitutionen genannt werden. Es werden innovativere Ideen wie beispielsweise das Schaffen von urbanen Zonen oder Möglichkeiten für neue Ausgehzone gewünscht. Bei Schwerpunkt 4 ist es der Fraktion ein wichtiges Anliegen, dass nicht nur über die Stärkung des Langsamverkehrs und des öffentlichen Verkehrs gesprochen wird, sondern dass tatsächlich gehandelt wird. Zu Schwerpunkt 5 bemerkt Stadtrat Schori, dass Massnahmen für junge Menschen zwischen dem 20. Altersjahr bis zur Sesshaftigkeit fehlen. Ebenfalls vermisst die Fraktion Massnahmen für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Im Grossen und Ganzen sind die Legislaturziele richtig ausgewählt. Die Fraktion wird konstruktiv mithelfen, diese zu erreichen.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, hat zur Kenntnis genommen, wohin der Kapitän namens Gemeinderat das Schiff Thun führen will. Aus Sicht der Fraktion sind die Legislaturziele unkonkret oder visionslos. Sie gehen wenig oder gar nicht auf die sich heute stellenden Herausforderungen bezüglich Umgang mit beschränkten Ressourcen ein. Themen wie Energieeffizienz, erneuerbare Energien oder die weitere Förderung von Thun als Energiestadt fehlen. Das Potential von Thun als Stadt am Wasser mit ihrer wunderbaren Lage soll richtigerweise gestärkt werden. Es sollen Wohnraum und Erholungszonen geschaffen werden. Hierfür sind Parkplätze und Buswendeschlaufen, die an bester Lage liegen, endlich aufzuheben. Wichtig bei Schwerpunkt 1 ist, dass die zeitgemässen Wohnungen auch bezahlbar sind. Das Legislaturziel 9 ist nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch verkehrspolitisch unterstützungswürdig. Zum Legislaturziel 11 stellt sich die Frage, ob anstatt einer pragmatischen Umsetzung nicht eine erfolgreiche Umsetzung das bessere Ziel wäre. Die Fraktion empfiehlt, die Städteinitiative übergeordnet zu führen, da diese hilft, den Verkehr zu verflüssigen. Schwerpunkt 5 ist erfreulich, da ein partizipativer Prozess sehr wichtig ist, um bestimmte Stadtgebiete für die Bevölkerung zukünftig nachhaltig und zufriedenstellend zu verändern. Die Fraktion sieht sich in der Rolle als Crew auf dem Schiff Thun und wird ihre Vorschläge entsprechend einbringen. Dem Gemeinderat wünscht die Fraktion viel Erfolg bei der Umsetzung und der Zielerreichung.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, stuft die fünf Schwerpunkte als richtig gewählt ein und nimmt die Legislaturziele wohlwollend zur Kenntnis. Die Strategie Stadtentwicklung ist gut lesbar und verständlich. Thun als Stadt am Wasser stärken steht für die Fraktion an erster Stelle. Die verschiedenen Entwicklungsareale bieten grosses Potential. Die Fraktion will sich ebenfalls stark für die Schwerpunkte 2 und 3 einsetzen. Auf das Schadauareal wird die Fraktion in der Legislaturperiode ein besonderes Augenmerk richten. Gespannt ist die Fraktion, welche Massnahmen zum Wohn- und Lebensstandort umgesetzt werden. Sie erachtet es als wichtig, dass der Gemeinderat den Wohnbaugenossenschaften zur Seite steht. Über das Legislaturziel 11 ist ein Teil der Fraktion nicht erfreut. Es darf nicht sein, dass der Langsamverkehr und der öffentliche Verkehr zulasten des privaten Verkehrs gestärkt werden. Bei der Umsetzung der Städteinitiative wird die Fraktion besonders darauf achten.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, begrüsst den Top-Down-Ansatz. Inhaltlich stuft die Fraktion die Legislaturziele und die Schwerpunkte mit den 44 Massnahmen als sinnvoll ein. Es wird vorgeschlagen, das Marketing auch auf die Stadt am Wasser auszurichten. Die Themen Ökologie und Standortförderung sind nicht explizit erwähnt, weshalb man sich fragen könnte, ob diese Aufgaben dem Gemeinderat nicht wichtig genug sind. Nach den einleitenden Worten von Stadtpräsident Lanz wird jedoch angenommen, dass diese Themen als übrige Daueraufgaben im Alltag berücksichtigt werden. Die Fraktion nimmt die Legislaturziele wohlwollend zur Kenntnis und dankt dem Gemeinderat für deren Erarbeitung.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, lobt die attraktive Darstellung und den Top-Down-Ansatz. Erfreulich ist, dass nicht die Verwaltung führt, sondern der Gemeinderat. Als positiv wird auch die klare Prioritätensetzung beurteilt. Die Umsetzung der Ziele benötigt Ressourcen und verursacht Kosten. Er weist darauf hin, dass von den Vorrednern nur Massnahmen vorgeschlagen worden sind, die noch mehr Ausgaben nach sich ziehen. Einem Stellenausbau wie von Stadtrat Schori empfohlen, steht die Fraktion kritisch gegenüber. Wie bereits bei der Jahresrechnung festgehalten wurde, müssen die finanziellen Mittel haushälterisch eingesetzt werden. Die Fraktion nimmt die Legislaturziele zur Kenntnis.

Stadtpräsident Raphael Lanz bedankt sich für die grundsätzlich wohlwollende Aufnahme. Der Gemeinderat hat seine Führungsrolle übernommen und will die Stadt zusammen mit dem Stadtrat und der Bevölkerung weiter entwickeln. Es gibt verschiedene Punkte, über die man im Detail sprechen könnte. Die einzelnen Projekte werden dem Stadtrat zu gegebener Zeit vorgelegt und können zu diesem Zeitpunkt diskutiert werden. Der Gemeinderat freut sich auf die Umsetzung.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 und 44 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 13. Mai 2015, beschliesst:

Von den Legislaturzielen 2015-2018 des Gemeinderates wird Kenntnis genommen.

42. Neue Vereinbarung Schweizer Künstlerbörse 2016 bis 2019

Genehmigung einer jährlich wiederkehrenden Ausgabe der Stadt Thun von CHF 125'000 inkl. MWST (Barbeitrag und Dienstleistungen/Gebühren der Stadt Thun) an die Schweizer Künstlerbörse für die Jahre 2016 bis 2019

Bericht des Gemeinderates 15/2015

Gemeinderat Roman Gimmel leitet von den Legislaturzielen zu einem konkreten Geschäft über, wo bereits Ziele umgesetzt werden können. Er betont, dass er gerne bereit ist, für die Künstlerbörse, welche jeweils vier Tage lang dauert, zu kämpfen. Beeindruckend ist einerseits die Vielfalt an Kunstschaffenden, andererseits aber auch die Tatsache, dass der Anlass in Thun stattfindet. Der Selbstfinanzierungsgrad von 45 Prozent ist für eine Kulturveranstaltung beeindruckend. Die Künstlerbörse ist aus Sicht des Gemeinderates unterstützungswürdig.

Sandra Rupp Gyger, **SAKO BiSK**, teilt mit, dass das Geschäft in der SAKO nicht kontrovers diskutiert wurde. Die Künstlerbörse passt gut zu Thun und soll auch in Thun bleiben. Schliesslich gehört die Veranstaltung zu den wenigen Thuner Anlässen mit nationaler und internationaler Ausstrahlung. Erfreulich ist, dass die Künstlerbörse sich nicht nur fremdfinanzieren lässt. Der Anlass ist zudem vorteilhaft für Restaurants und Hotels. Die neue Organisation der Preisverleihung hat mehr lokale Gäste angelockt. Wichtig ist, dass die Künstlerbörse von der Bevölkerung nicht als eine Art Insider-Anlass wahrgenommen wird. Viele Thunerinnen und Thuner leisten ehrenamtliche Arbeit für die Künstlerbörse, was als positives Zeichen gewertet wird. Die SAKO BiSK empfiehlt die einstimmige Annahme des Geschäfts.

In der **SP-Fraktion**, so Sandra Rupp Gyger, ist das Geschäft unbestritten. Stadträtin Rupp ist an der Künstlerbörse die gute Stimmung unter den Mitarbeitenden, dem Publikum und den Kunstschaffenden aufgefallen. Organisation und Logistik sind beeindruckend. Die Fraktion ist erfreut, dass der Anlass weiterhin in Thun stattfindet. Es wird auf die langen Wartezeiten auf den Bus am Preisverleihungsabend hingewiesen. Das öV-Angebot sollte an diesem Abend optimiert werden.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, freut sich über die nationale und internationale Ausstrahlung des Anlasses. An der Veranstaltung ist der künstlerische Geist jeweils förmlich zu spüren. Dem Thuner Amtsanzeiger wird für die grosszügige Unterstützung gedankt. Die Fraktion unterstützt den Antrag einstimmig.

Barbara Klossner-Beer, **SVP/FDP-Fraktion**, stimmt der Vereinbarung und dem Verpflichtungskredit einstimmig zu. Sie weist auf die nationale und internationale Bedeutung des Anlasses hin und betont, dass die Veranstaltung auch Möglichkeiten bietet, für die Stadt am Wasser Werbung zu betreiben. Der Vertrag wird als moderat eingestuft und die vierjährige Vertragsdauer ist sinnvoll und richtig. Eine weitere dauernde Zusammenarbeit ist erfreulicherweise bereits im Gespräch. Der Selbstfinanzierungsgrad von 45 Prozent überrascht positiv und ist nicht selbstverständlich für Kulturanlässe. Die Kosten können auch dank Ehrenamtlichen tief gehalten werden.

Susanna Ernst-Reusser, **BDP-Fraktion**, stimmt dem Antrag einstimmig zu. Sie pflichtet dem Votum von Stadträtin Rupp Gyger bei. Die Stimmung am Anlass ist jeweils hervorragend. Es wäre ausserordentlich schade, wenn die Künstlerbörse nicht mehr in Thun durchgeführt würde.

Beat Grimm, **Fraktion Grüne**, unterstützt den Kredit, welcher tiefer ist als in der letzten Vertragsperiode, einstimmig. Die Fraktion dankt den freiwilligen Helferinnen und Helfern.

Gemeinderat Roman Gimmel dankt für die sehr gute Aufnahme des Geschäfts. Ob bei der nächsten Vertragsverlängerung wieder das gleiche Produkt zu einem günstigeren Preis beantragt wird, kann er nicht versprechen.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe b der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 13. Mai 2015 beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits für eine jährlich wiederkehrende Ausgabe von CHF 125'000 inkl. MWST (städtischer Barbeitrag von CHF 110'000 sowie Dienstleistungen/Gebühren der Stadt Thun mit einem Kostendach von maximal CHF 15'000) zu Lasten der Erfolgsrechnung für die Jahre 2016 bis 2019.
2. Die entsprechenden Beiträge sind in die jährlichen Budgets der Jahre 2016 bis 2019 der Produktgruppe Öffentliche Sicherheit (Anlässe) aufzunehmen.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Esther Roth, Präsidentin der KTV ATP, dankt dem Stadtrat mit einem Applaus für die Zustimmung zum Geschäft. Sie freut sich sehr, dass der Anlass in den nächsten vier Jahren weiterhin in Thun stattfindet und hofft, dass die Künstlerbörse noch viele weitere Jahre in Thun bleiben kann.

43. Interpellation I 7/2014 betreffend Zeitpunkt Umsetzung des Parkleitsystems

Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 20. November 2014; Beantwortung

Die Diskussion wird verlangt.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Andrea de Meuron, Fraktion Grüne, ist von der Antwort teilweise befriedigt. Die Antwort auf Frage 1 ist erfreulich, diejenige auf Frage 2 ist nicht überzeugend. Die Fraktion fragt sich, wieso der Gemeinderat zuerst auf das Schlossbergparking warten will. Schliesslich sind in Thun bereits acht Parkhäuser in Betrieb. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das Projekt im Investitionsplan von Jahr zu Jahr verschoben wird. Sie ist überzeugt, dass ein Parkleitsystem ausbaubar wäre und der Verkehr bereits heute reduziert werden könnte. Die in der Antwort genannten Abhängigkeiten werden eher als Ausreden wahrgenommen. Sie betont, dass die Fraktion nicht die Erfindung eines neuen Systems für die Stadt Thun erwartet. Zu Antwort 3 bemängelt sie, dass wohl zuerst ein Konzept erarbeitet und erst dann mit den privat geführten Parkhäusern darüber gesprochen wird. Es ist zu hoffen, dass diese Verhandlungen bis 2018 abgeschlossen sind. Zu Frage 4 erläutert Stadträtin de Meuron die Organisation des Parkleitsystems in Bern, wo die Stadt nur die personellen Ressourcen zur Verfügung stellen muss. Zu Antwort 5 weist sie darauf hin, dass die Stadt als Miteigentümerin von Parkhäusern Einfluss nehmen und Auflagen machen kann. Sie verweist auf das Legislaturziel 10, den Gesamtverkehr zu verflüssigen.

Michael Dähler, SVP/FDP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Er weist auf die spezielle Situation mit dem Bypass Thun-Nord und dem Schlossbergparking hin. Diese zwei grossen Projekte gilt es optimal in das Parkleitsystem einzubinden. Der zeitliche Faktor erscheint der Fraktion weniger wichtig als die optimale Umsetzung. Erfreulich ist, dass das System viel mehr könnte als nur freie Parkplätze anzuzeigen. Die Fraktion erhofft sich vom Parkleitsystem einen grösstmöglichen Nutzen.

Sandra Rupp Gyger, SP-Fraktion, stuft die Antworten als ausweichend ein. Bedenken, dass etwas überstürzt werden könnte, hat die Fraktion keine. In Antwort 1 wird bestätigt, dass das System auch für Ortskundige einen Nutzen haben kann. Deshalb sprechen keine Gründe gegen eine frühere etappenweise Einführung. Sie unterstützt die Aussage von Stadträtin Andrea de Meuron bezüglich der neuesten Technologie. Es wird immer wieder etwas Neues auf dem Markt geben. Einmal muss der Zeitpunkt der Entscheidung kommen. Zu Frage 3 macht sie auf die Notwendigkeit einer gezielten Projektorganisation aufmerksam. Bei Antwort 5 bemängelt die Fraktion, dass bereits früher Abklärungen hätten getroffen werden können. Sie weist auf die im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan (AFP) eingestellten 100'000 Franken für ein Parkleitsystem im Jahr 2015 hin. Bereits für das Jahr 2012 waren finanzielle Mittel im AFP eingestellt. Die Fraktion hofft, dass die finanziellen Mittel für das Parkleitsystem eingesetzt werden. Sie erinnert daran, dass das Parkleitsystem nicht nur ein Projekt des Agglomerationsprogrammes ist, sondern auch als flankierende Massnahmen zum Parkhaus Schlossberg beschlossen wurde, was es verbindlicher macht.

Peter Aegerter, BDP-Fraktion, beurteilt die Antwort nicht als schwammig. Ein gut funktionierendes System ist wichtig. Der richtige Zeitpunkt ist, wenn der Bypass Thun-Nord und das Parkhaus Schlossberg realisiert sind. Es kann nur ein Parkleitsystem sinnvoll sein, bei dem alle bestehenden Parkhäuser einbezogen werden.

Gemeinderat Konrad Hädener stellt fest, dass die Antworten gemischt aufgenommen werden. Der Gemeinderat hat für die Projektarbeiten einen Kredit gesprochen. Es fand bereits ein Kick-off-Meeting statt. Bezüglich Zeitpunkt der Einführung wird in Antwort 2 eine klare Aussage bezüglich Mönchstrasse gemacht. Er betont, dass es sich um ein grosses Projekt aus dem Agglomerationsprogramm handelt und der Gemeinderat nicht eine abwartende Haltung einnimmt. Die Systeme, welche die Interpellanten als

Beispiele nennen, zeigen freie Parkplätze an. Die Ambitionen des Gemeinderates gehen weiter. Das System soll lenkungswirkend sein und soll beispielsweise auch bei Grossanlässen ausserhalb der Innenstadt eingesetzt werden können. Eine tageszeitabhängige Anzeige wäre sinnvoll. Der Einbezug der privaten Parkhäuser ist unbestritten. Es wird jedoch Investitionsbedarf bei den bestehenden Parkhäusern geben.

44. Interpellation I 10/2014 betreffend Schulraum Seefeld

Fraktion der Mitte vom 12. Dezember 2014; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, Fraktion der Mitte, erklärt sich von der Antwort befriedigt und wünscht keine Diskussion.

Mitteilungen


Stadtschreiber Bruno Huwyler informiert, dass die Unterlagen für die Sitzung vom 2. Juli 2015 dem Stadtrat eine Woche früher zur Verfügung stehen werden, da neun Geschäfte traktandiert sind.

Der Stadtratspräsident ergänzt, dass die Sitzung vom 2. Juli 2015 als Doppelsitzung organisiert wird und Verpflegung angeboten wird.


Eingänge

- Postulat betreffend Hafenanlagen Lachen; Philipp Deriaz (SVP), Reto Schertenleib (SVP) und Mitunterzeichnende vom 11. Juni 2015
- Interpellation betreffend Reglement über die Förderung des Veloverkehrs; Sandra Rupp (SP) und Mitunterzeichnende vom 11. Juni 2015
- Interpellation betreffend Bäume fällen: Zuerst transparent informieren und Partner mitwirken lassen, statt rasch fällen und nachträglich langatmig erklären und rechtfertigen; Fraktion Grüne

Der Stadtratspräsident


Thomas Hiltpold

Der Stadtratssekretär-i.V.


Bruno Huwyler Müller,
Stadtschreiber